

Arbeitsberichte

Unter dieser Rubrik können die Ergebnisse von Diplom- beziehungsweise Zulassungsarbeiten studentischer Vereinsmitglieder vorgelegt werden. Voraussetzung für eine Aufnahme sind wissenschaftliche Qualität und methodische Originalität. Die Arbeiten müssen, wenn auch nur auf begrenztem Gebiet, die Forschung weiterführen.

JOACHIM SAILER

Eugen Bolz (1881–1945)

Seine Politik und sein Weg in den politischen Widerstand¹

1. Einleitung

Das Leben und Wirken des Politikers Eugen Bolz, der zu den bedeutendsten Politikern des deutschen Katholizismus gehört, fällt in eine entscheidende »Geschichtsepoche«, die Weimarer Republik. Die Schwierigkeiten dieser Zeit ergaben sich aus dem verlorenen Krieg und den politischen Umwälzungen. Der Zusammenbruch der Monarchie löste heftige Kämpfe um herkömmliche und künftige geistige Werte aus, die für die politische Neugestaltung von großer Bedeutung waren. Wollte Bolz seiner Zeit etwas Helfendes geben, mußte er sich der neuen Wirklichkeit stellen, um so politisch handeln zu können. Diese hieß in der sich 1919 konstituierenden Weimarer Republik: eine große Zahl zurückkehrender Soldaten, die Not der Flüchtlinge und die schweren Auflagen des Versailler Vertrages. Retrospektiv betrachtet konstatiert Sebastian Haffner²: »Die Weimarer Republik ist nicht durch Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit zerstört worden ... sondern durch die schon vorher einsetzende Entschlossenheit der Weimarer Rechten, den parlamentarischen Staat zugunsten eines unklar konzipierten autoritären Staates abzuschaffen.« Die Politik von Bolz muß auf diesem Hintergrund beurteilt werden. Er gilt als ein Mann des »rechten Zentrumflügels«³ und als ein »konservativer christlicher Politiker«⁴. Eine Restauration der Monarchie schien dem »überzeugten Demokraten«⁵ undenkbar. Daher ist zu fragen: Was für eine Politik betrieb Bolz zu Beginn, was für eine in der Endphase der Weimarer Republik? Was tat er, um den parlamentarischen Staat in seiner Krise zu Beginn der 30er Jahre zu retten? Erkannte er die Gefahr, die von der sogenannten »Weimarer Rechten«, besonders den Nationalsozialisten, dem Rechtska-

1 Überarbeitete Fassung meiner Diplomarbeit im Fach Kirchengeschichte, betreut von Prof. Dr. Joachim Köhler, die im Sommersemester 1989 an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen vorgelegt wurde.

2 S. HAFFNER, Anmerkungen zu Hitler 62.

3 R. MORSEY, Eugen Bolz 102.

4 DERS. 102.

5 Vgl. H. KRÄMER, Eugen Bolz 116. – Vgl. W. ALBRECHT, Eugen Bolz 33.

tholizismus⁶ und den sogenannten jungkonservativen Bewegungen⁷ ausging? Wie stellte er sich zu einem »autoritär strukturierten Staat«? Des weiteren ist zu fragen: Welche Ideologie liegt der Politik von Bolz zugrunde?

Nach dem Urteil der Geschichtswissenschaft betrieb Bolz eine »christliche Politik«⁸. In der Endphase der Republik nahmen seine Reden sogar »prophetischen Charakter«⁹ an. Dies ist ein hoher Anspruch. Läßt er sich verifizieren? Wie alles Geschichtliche nicht eindeutig ist, so ist auch Bolz in der Forschung nicht unumstritten. Dies macht ihn interessant und regt zum Überprüfen der kontroversen Standpunkte an.

Max Miller¹⁰, der ehemalige Stuttgarter Oberstaatsarchivdirektor, erstellte 1951 die bisher umfassendste Biographie von Bolz. Sein Werk ist chronologisch aufgebaut und berücksichtigt sowohl die reichs- als auch die landespolitischen »Ereignisse« während der Weimarer Republik. Jedoch bleiben einige wichtige Äußerungen von Bolz, besonders in der Endphase der Republik, unkommentiert und unreflektiert¹¹. Recht knapp stellt er auch die Zeit dar, in der Bolz' Verhalten gegenüber dem Nationalsozialismus nicht unumstritten war¹².

Der frühere Rottenburger Generalvikar und Kanonist August Hagen¹³ sieht in Bolz einen christlichen Staatsmann, dessen Handeln und Leben stark vom katholischen Glauben geprägt waren. Hagen stellt in seiner Skizze Bolz' Leben »summarisch« zusammen und zeigt dessen politischen Werdegang auf. Im Hinblick auf Bolz' Politik ist sein Werk jedoch nicht frei von Widersprüchen¹⁴. Eine kritische Biographie verfaßte 1985 Rudolf Morsey¹⁵. Er rekonstruiert Bolz' Politik, rechts von der sogenannten Weimarer Koalition zu regieren. Beachtung findet dabei dessen Bemühen, im August/September 1932 mit den Nationalsozialisten über die Möglichkeit einer »braun-schwarzen Mehrheitsbildung« im Reichstag zu verhandeln, seine Vorstellung von einer »autoritären« Zentrums politik und seine Affinität zum »katholischen Milieu«.

Joachim Köhler¹⁶ beurteilt in seiner Arbeit Bolz' Leben und seine Politik retrospektiv vom 23. Januar 1945 her. Dabei zeichnet er eine kontinuierliche lineare Politik auf, die keine »Irrwege« impliziert. Für ihn liegen Bolz' Weg in den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime, sein Märtyrertod in der Kontinuität seiner Weimarer Politik.

Als Literatur zum Rechtskatholizismus sei unter anderen auf die Arbeiten von K. P. Hoepke¹⁷ und G. Clemens¹⁸ hingewiesen, beim Themengebiet des »Neukonservatismus« auf die Arbeiten von A. Mohler¹⁹ und K. v. Klemperer²⁰, sowie auf das Buch von J. F. Neurohr²¹.

6 Vgl. G. CLEMENS, Rechtskatholizismus zwischen den Weltkriegen 11 ff.

7 Vgl. K. v. KLEMPERER, Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus 103 ff.

8 ALBRECHT 33. – J. KÖHLER, Eugen Bolz 229.

9 J. KÖHLER, Christentum und Politik 15.

10 M. MILLER, Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner.

11 So etwa folgende Aussage: »Jeder fühlt die Schwäche und Ohnmacht unseres ganzen Regierungssystems. Ich bin längst der Meinung, daß ein Parlament die schwere innenpolitische Frage nicht lösen kann. Wenn ein Diktator für zehn Jahre möglich wäre – ich würde es wünschen.« Zit. nach MILLER 367 f.

12 Vgl. DERS. 408–432.

13 A. HAGEN, Eugen Bolz 202–243.

14 Vgl. DERS. 235 ff.

15 Vgl. MORSEY, Eugen Bolz 88–103.

16 Vgl. KÖHLER, Christentum und Politik.

17 K. P. HOEPKE, Die deutschen Rechte und der italienische Faschismus 74 ff.

18 G. CLEMENS, Rechtskatholizismus 11 ff.

19 A. MOHLER, Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932.

20 K. v. KLEMPERER, Konservative Bewegungen.

21 J. F. NEUROHR, Der Mythos vom Dritten Reich. Zur Geistesgeschichte des Nationalsozialismus.

Auf der Basis einer Sammlung von Reden²², die Bolz in der Zeit von 1919 bis 1933 gehalten hat, soll die politische Struktur und die Entwicklung des Zentrums politiklers rekonstruiert werden. Zunächst wird im Kontext der politischen Ereignisse der Weimarer Republik das Profil von Bolz in Anlehnung an die rechte Zentrums politik rekonstruiert. In einem zweiten Abschnitt wird der ideologische Hintergrund und das »Milieu«, auf denen die Politik von Bolz zu interpretieren ist, untersucht. Erst auf dieser Folie gewinnt seine gesamte Politik Kontur. In einem dritten Abschnitt sollen dann die Konsequenzen aus seiner Politik, besonders in Bezug auf die Nationalsozialisten, dargestellt und abschließend Bolz' Politik kritisch reflektiert werden.

2. Der Verlauf der geschichtlichen Ereignisse²³

2.1 Die politische Situation 1918/19

»Mehr als die persönlichen Sorgen drücken mich die politischen. Was wird aus unserem Deutschen Reich werden?« – so Bolz Ende Oktober 1918²⁴. Wenige Tage später hieß die politische Realität: Zusammenbruch der Monarchie, das Verschwinden der Dynastien und der Beginn einer Räteherrschaft.

Zusammen mit der Zentrums partei forderte Bolz baldige Wahlen zu Verfassungsgebenden Versammlungen im Reich und in den Ländern, um so zu einer neuen Legalität zu finden. Mitte November 1918 begann er mit den Wahlreisen²⁵. Er war sowohl für die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung in Stuttgart, als auch zur Deutschen Nationalversammlung in Weimar Kandidat der Zentrums partei. In beide Versammlungen wurde er am 12. beziehungsweise 19. Januar gewählt. Daher entschloß er sich für eine »Karriere als Berufspolitiker«²⁶. Er widerstand dem Gedanken einer »antisozialistischen Koalition«²⁷ von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, die theoretisch 55 Prozent der Verfassungsgebenden Versammlung auf sich hätten vereinigen können. Nach der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten wurde Philipp Scheidemann Ministerpräsident. Er bildete ein Koalitionskabinett, die sogenannte Weimarer Koalition, mit sieben Sozialdemokraten, drei Demokraten und drei Zentrumsabgeordneten. Die Annahme des Versailler Vertrags führte zum Abbau der politischen Spannungen im Reich. Innenpolitisch hatte die neue Regierung die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen; außenpolitisch trat sie für die Erfüllung des Versailler Vertrags ein. Sie verurteilte die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten wegen ihrer Agitation gegen die Nationalversammlung und ihrer Forderung nach der Diktatur des Proletariats. Mit gleichem Nachdruck mißbilligte sie die Politik der »Rechten« mit ihrem Programm der Wiederbelebung der Monarchie und einer auf letztlich bewaffnetem Revan-

22 Der Nachlaß von Bolz wurde mir von Prof. Dr. Joachim Köhler zur Verfügung gestellt. In ihm befinden sich die in der Diplomarbeit verwendeten Bolzreden. Im folgenden zitiert: Nachlaß Bolz.

23 Vgl. K. D. ERDMANN, Die Weimarer Republik. – W. BESSON, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933.

24 Zit. nach MORSEY, Eugen Bolz 91.

25 Bolz sprach sich bei seinen Reden klar für eine parlamentarische Demokratie aus, meinte aber auch im Mai 1920: »Es ist wahr, bis zum Zusammenbruch der Monarchie waren wir eine Partei, die die Monarchie als die beste Staatsform ... ansah. Wir hielten uns in Weimar verpflichtet, mitzuarbeiten, die Republik als verfassungsmäßige Regierungsform des deutschen Reiches ... vorzulegen ... Eine Monarchie in den Einzelstaaten ist für uns etwas überwundenes. Für das Reich lasse ich die Frage offen.« Vgl. Nachlaß Bolz, Rede vom 27. Mai 1920.

26 MORSEY, Eugen Bolz 92.

27 MILLER 335: Eine Regierung aller »nichtsozialistischen Parteien«.

chismus gegründeten Außenpolitik. Dies führte im März 1920 zu einem Aufstandsversuch von rechts, dem sogenannten Kapp-Putsch²⁸, der jedoch scheiterte. Der Putsch zeigte, daß einflußreiche Kreise in Armee, Verwaltung und Justiz sich nicht für die republikanische Regierung einsetzten, ihr sogar feindlich gesonnen waren. Bolz bejahte diese Politik der Weimarer Koalition voll und ganz. Auch er sprach sich am 23. Mai 1920 auf einer Wahlveranstaltung in Rottenburg für eine Regierung mit den Sozialdemokraten aus: Ein Ausschluß »der linksgerichteten Elemente würde eine Erneuerung der Revolution, den Sieg des Radikalismus bedeuten«²⁹. Man findet in dieser Rede aber auch einige Vorbehalte gegenüber den Sozialdemokraten: »Der Gegensatz zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ... breche hervor, sobald es sich um Kulturfragen, Bekenntnisfragen und Bestrebungen auf dem Gebiet der katholischen Kirche oder Schule handle«. Die Koalition mit der SPD ist für Bolz ein Gebot der politischen Realität, mit seinen eigenen Worten, »kluge oder praktische Politik«³⁰. Mit ihr will er eine erneute Revolution von links und eine Konterrevolution von rechts verhindern. Die Arbeiter, das sind für ihn die »linken Massen«³¹, müssen von der SPD gewonnen werden, sie dürfen nicht zu den Kommunisten abwandern: »Der Ausschluß der Sozialdemokraten aus der Regierung würde für uns in der gegenwärtigen Lage ein politisches Unglück bedeuten ... Auch die Arbeitermassen, die in der Sozialdemokratie organisiert sind, würden dadurch radikalisiert. Eine rein bürgerliche Regierung würde zu einer neuen Revolution führen, die mit dem Sieg der Massen enden würde«³². Daher sehe er »in absehbarer Zeit«³³ keine Alternative zur Koalition mit der SPD. Diese Aussage impliziert, daß es für ihn eine gibt, nur nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ist für ihn keine dauerhafte Zielvorstellung, sondern eine »temporäre« Lösung. In seiner Rede vom 23. Mai 1920 greift Bolz die Frage nach der Rückkehr zu einer Monarchie auf. Dabei wird deutlich, daß die Republik für ihn »unter dem Druck der Ereignisse«³⁴ anerkannt werden mußte, und es für ihn nie die Alternative Monarchie oder Republik gab. Wie die Koalition mit der SPD, so war auch die Demokratie eine politische Notwendigkeit. Daher spielte er am 30. Mai 1920 in Freudenstadt mit dem Gedanken einer »repräsentativen Monarchie«³⁵, die jedoch in nächster Zeit »nicht realisierbar« sei. Bolz sieht die Weimarer Demokratie als Folge des verlorenen Krieges. In Wirklichkeit war es aber umgekehrt: Die Republik sah sich mit den Mißständen konfrontiert, die ihr das bankrotte Kaiserreich hinterlassen hatte. Ursache und Wirkung verkehren sich im Bewußtsein von Bolz. Man vermißt bei ihm eine eigene Entscheidung zur Weimarer Demokratie.

Ein hohes Maß an Vorurteilen gegenüber der SPD läßt sich bei Bolz seit den Reichstagswahlen im Juni 1920 feststellen. Die Ablehnung der Sozialdemokraten, an der Regierung teilzunehmen, führte zum ersten rein bürgerlichen Kabinett mit dem Zentrumskanzler Konstantin Fehrenbach. Die »Verantwortungsscheu und das Weglaufen der Sozialdemokraten«³⁶ erschütterte bei Bolz »den Glauben an die Zuverlässigkeit und Festigkeit der Sozialdemokratie in staatspolitischen Dingen«³⁷. Andererseits sah Bolz in dieser Entscheidung der SPD eine neue politische Alternative für die Zentrums politik: Bereits im Mai 1920 sprach er

28 Vgl. ERDMANN 132 ff.

29 Nachlaß Bolz, Rede vom 23. Mai 1920.

30 Ebd.

31 Nachlaß Bolz, Bericht (B) vom 01. Juni 1920.

32 Ebd.

33 Nachlaß Bolz, Rede vom 23. Mai 1920.

34 Ebd.

35 Nachlaß Bolz, Rede vom 30. Mai 1920.

36 MILLER 180.

37 Ebd.

offen von einem »Bruch der Weimarer Koalition« und vom »Kampf bis aufs äußerste«³⁸, falls versucht werde, in »Kirchen- und Schulfragen über die Grundsätze des Zentrums hinwegzugehen«³⁹.

2.2 Die politische Situation zu Beginn der zwanziger Jahre

In einer Rede nach der Ermordung Matthias Erzbergers am 26. August 1921 durch die »politische Rechte« machte Bolz auf die nationale und nationalistische Unterhöhnung des Weimarer Staates aufmerksam. Angesichts dieser Gefahr rief er nach »politischen Führern«, die die Massen führen und sich nicht »von ihnen treiben lassen«⁴⁰. Auf der linken Seite schien ihm dabei die Gefahr einer Radikalisierung der Arbeiterschaft gebannt zu sein, da sich »die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen ... im Kampf gegen die Rechte ... immer näher kommen«⁴¹. Die im August 1922 vollzogene Vereinigung mit dem kleineren Teil der Unabhängigen⁴² begrüßte Bolz, sah aber, daß dies zu einer Stärkung des linken Flügels in der Partei führte. Den Eintritt der DVP in die Regierung 1920 bezeichnete er als »einen langgehegten Wunsch des Zentrums«⁴³, womit sich nochmals bestätigt, daß die Koalition mit der SPD für ihn nie eine dauerhafte Zielvorstellung, sondern eine zeitlich begrenzte Lösung war. Diese »Rechtspolitik« kam im Juni 1923 zu einem vorläufigen Höhepunkt: Damals weigerte sich das Zentrum⁴⁴ im Stuttgarter Landtag, der SPD das Innenministerium zu überlassen, was diese veranlaßte, Minister Keil aus der Regierung zurückzuziehen. Besonders Innenminister Bolz, dessen Ministerium für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, also auch für die Polizei, zuständig war, traute der SPD nicht zu, als »pazifistische Partei«⁴⁵ das Aufsichtsrecht über die Polizei zu führen. Von diesem Zeitpunkt an waren die Sozialdemokraten im Stuttgarter Landtag bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahre 1933 nicht mehr in der Regierung vertreten. Ein Korrektiv auf der linken Seite fehlte. Die Rechtsschwenkung des württembergischen Zentrums führte zwangsläufig dazu, die Gefahr auf der rechtsradikalen Seite zu unterschätzen. Im November 1923 ereignete sich in München der sogenannte Hitler-Putsch. Wenige Monate zuvor hatte Bolz auf die nationalsozialistische Gefahr aufmerksam gemacht, hob aber stärker auf die drohende Gefahr einer linken Revolution ab, da er immer noch Angst hatte, die SPD könnte zusammen mit den Kommunisten die gescheiterte Revolution von 1918 nachholen. Er erwog, das Versammlungsverbot gegen die Nationalsozialisten aufzuheben, da die staatliche Macht stark genug sei, »jede Gefahr, ob von rechts oder links, zu bestehen«⁴⁶. Der gescheiterte Putsch veranlaßte Bolz, die nationalsozialistische Bewegung zu verharmlosen: Durch sein Verhalten am 9. November habe Hitler »an

38 Nachlaß Bolz, Rede vom 31. Mai 1920 (Bericht A).

39 MILLER 172. – In diesem Interview bezeichnet Bolz die Regierung auch als ein »reines Geschäftsministerium«, ebd.

40 Nachlaß Bolz, Rede vom 4. September 1921.

41 Ebd.

42 Der größere Teil hatte sich der KPD angeschlossen.

43 Nachlaß Bolz, Rede vom 26. November 1922.

44 Das heißt v. a. Bolz. Nach dem Tode von Erzberger besaß er im württembergischen Zentrum die Führungsposition. Vgl. W. ALBRECHT 33 und MORSEY, Eugen Bolz 93.

45 Vgl. E. EYCK, Die Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, 511. – E. KOLB, Die Weimarer Republik, 74: Nach dem Ausscheiden aus der Regierung 1920 betrieb die SPD ihre Politik »aus der Defensive«. Sie übernahm keine Verantwortung mehr zur politischen Machterhaltung.

46 Nachlaß Bolz, Rede vom 18. Juli 1923.

Gefährlichkeit verloren und an Lächerlichkeit gewonnen«⁴⁷. Retrospektiv betrachtet bezeichnete er einen Monat nach dem Putsch die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie als »eine durch die Revolution geschaffene Notwendigkeit, ein Opfer ... Es ist eine Frage der Zeit und der Taktik, wie lange noch die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie andauert«⁴⁸. Bolz wurde Ende 1923 immer opportunistischer und fand eine Politik mit den Rechten kongenialer als die »alte Partnerschaft« mit der SPD.

Deutlich erkennt man seine Sympathie für die Rechtsparteien auch bei der Reichspräsidentenwahl von 1925. Noch im ersten Wahlgang hatte er erhebliche Ressentiments gegen den rheinischen Katholiken Wilhelm Marx⁴⁹. Er trat eher für einen »gemäßigten Mann« ein, der bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten hätte⁵⁰. Erst im zweiten Wahlgang änderte Bolz seine Einstellung und trat für Marx ein⁵¹.

2.3 Die Rottenburger Bischofswahl⁵²

1926 starb der Rottenburger Bischof Paul Wilhelm von Keppeler⁵³. Entsprechend den Abmachungen bei Errichtung des Bistums vom Jahre 1821 beziehungsweise 1827 wurde der Bischof vom Domkapitel gewählt, wobei dieses sich versichern mußte, daß gegen seinen Kandidaten von staatlicher Seite nichts vorlag. Am 8. November 1927 kam es zwischen dem Apostolischen Nuntius in Berlin, Erzbischof Eugenio Pacelli, und Bolz in Rorschach zu einem Gespräch über die Wiederbesetzung des vakanten Bischofsstuhls. Pacelli erklärte gegenüber Bolz, Rom sei zu Verhandlungen über ein Konkordat mit Württemberg bereit. Bolz lehnte jedoch ab: Zum einen, weil ein Konkordat wegen der antikatholischen Grundgesinnung im Lande⁵⁴ keine Mehrheit im Landtag gefunden hätte, zum anderen, weil seit dem Codex Iuris Canonici (1917) die römische Politik deutlich fixiert war⁵⁵: Rom wollte den Bischof frei ernennen und nicht vom Domkapitel wählen lassen. Bolz hingegen trat für das alte historische Recht ein. Er betrachtete das Verhalten Roms als »Vertragsbruch«⁵⁶ und wies den Nuntius darauf hin. Am 20. Januar 1928 suchte Bolz ihn in Berlin auf und erklärte, die Regierung in Stuttgart werde keine Konkordatsverhandlungen führen. Vermutlich versprach Pacelli ihm, Rom werde dem Rottenburger Domkapitel das Recht der Wahl aus einer Liste von drei, durch Rom benannten Kandidaten gewähren. Am 12. März wählte das Domkapitel Dr. Johannes Baptista Sproll zum neuen Bischof. In diesem Punkt hatte sich Bolz gegen Rom durchgesetzt.

47 Zit. nach MILLER 303. – Die Durcharbeitung des Nachlasses zeigt, daß Bolz nur einmal, am 10. Febr. 1924 kurz auf die Ereignisse in München eingeht. Ein deutliches Indiz dafür, daß er den Putsch bei weitem unterschätzte. – Vgl. MORSEY, Eugen Bolz 394.

48 Nachlaß Bolz, Rede vom 13. Dezember 1923.

49 MILLER 281 ff.

50 Nachlaß Bolz, Rede vom 19. April 1925. – Vgl. MILLER 281 f.

51 Nachlaß Bolz, Rede vom 19. April 1925. – Vgl. MILLER 282. Daß Bolz mit dieser Einstellung nicht allein im Zentrum war, zeigt F. v. Pape, der gegen Marx und für Hindenburg votierte.

52 Vgl. MILLER 320.

53 Paul Wilhelm von Keppeler (1852–1926): Seit 1893 Prof. in Tübingen für ntl. Exegese, ab 1894 Prof. für Moraltheologie in Freiburg, ab 1898 Bischof von Rottenburg.

54 Vgl. MILLER 307. – MORSEY, Eugen Bolz 95.

55 Vgl. E. ISERLOH. – K. SCHOLDER, Die Kirchen im 20. Jahrhundert 239 ff.

56 MILLER 307.

2.4 Das Jahr 1928 – landes- und reichspolitisch

Obwohl die SPD bei den Landtagswahlen 1928 klarer Wahlsieger war, wurde eine Regierung ohne sie gebildet. Der Landesvorsitzende des Zentrums, Joseph Beyerle, wollte eine bürgerliche Koalition, das heißt eine Koalition »aller nichtsozialistischen Parteien«⁵⁷ erreichen. Zunächst entschloß man sich zu einer vorläufigen Lösung, die nach eineinhalb Jahren dem ursprünglichen Plan entsprechend ergänzt wurde. Am 8. Juni 1928 wurde Bolz mit den Stimmen des Zentrums, der Rechten und des Christlichen Volksdienstes zum Staatspräsidenten gewählt. Mit »fester Hand« hatte Bolz diesen »Weg nach rechts vorbereitet«⁵⁸. Er bestimmte »immer stärker Geist und Richtung«⁵⁹ in der württembergischen Zentrums politik. Für die folgenden fünf Jahre sollte Bolz Württembergs politisches Leben maßgeblich bestimmen.

Deutlich sichtbar wird diese »Rechtsschwenkung« des Zentrums auch in der Wahl des Trierer Prälaten Ludwig Kaas zum Zentrumsvorsitzenden. Zum ersten Mal in seiner Geschichte vertraute das Zentrum seine »Führung« einem Geistlichen an, um so die weltanschaulichen Grundlagen des Zentrums als »letzte Klammer sichtbar zu artikulieren«⁶⁰. Durch die »Klerikalisierung des politischen Katholizismus«⁶¹ gelangten zwangsläufig kirchliche Belange in den politischen Alltag. Man umschrieb daher die Geschichte der Zentrums partei in den folgenden Jahren als »Rechtsentwicklung«, als »Rückbesinnung auf die konservative Tradition des Katholizismus, in der der klerikal-bürgerliche Flügel«⁶² entscheidend für das Zentrum war. Diese Politik, als deren Exponenten Kaas, Heinrich Brüning, aber auch Bolz galten, zielte auf eine »Staatsordnung mit stark autoritären Zügen«⁶³. Auf dem Freiburger Katholikentag 1929 sprach Kaas von der »Sehnsucht nach politischen Führern, die uns auf dem dornenvollen Pfad voranschreiten sollten«⁶⁴. Mit Kaas' Auffassung korrespondiert eine nahezu gleichzeitig zu datierende Aussage von Bolz aus den ersten Oktobertagen 1929: »Im Reichstag ist der Eindruck ein übler. Trotz miserabler Finanzlage des Reiches bringen es die Parteien nicht fertig, die Arbeitslosigkeit zu ordnen. Ich gehe weiter und sage: die Parteien sind gar nicht imstande, die großen innenpolitischen Fragen ... zu meistern«⁶⁵. Bolz' Verdrossenheit am Parlamentarismus war in dieser Phase so stark, daß er sogar die Finanzreform ohne die Parteien durchführen wollte⁶⁶.

Die Wahl des Prälaten Kaas zum Zentrumsvorsitzenden steht in einem engen Zusammenhang mit der »Proklamation« der Katholischen Aktion auf dem Marburger Katholikentag im September 1928. Beidesmal ging es darum, die »führerlose Masse« durch Unterordnung unter

57 MILLER 335. – BESSON 36.

58 BESSON 38. – Vgl. MILLER 335f.

59 MILLER 335.

60 R. MORSEY, Die deutsche Zentrums partei 286.

61 DERS., Der Untergang des politischen Katholizismus 29.

62 MORSEY, Die deutsche Zentrums partei 287f.

63 DERS. 290.

64 Ebd. Vgl. Nachlaß Bolz, Rede vom 4. September 1921, in der er bereits nach »politischen Führern« sucht.

65 Zit. nach MILLER 357.

66 Vgl. BESSON 135f. – Vgl. Deutsches Volksblatt vom 25. März 1930: Unter jubelnder Zustimmung seiner Parteifreunde zitiert Bolz in Stuttgart die Worte des Reichspräsidenten: »Sie dürfen überzeugt sein, die Finanzreform wird gemacht: wenn die Parteien versagen, dann mache ich es ohne die Parteien.« Dabei befürwortete Bolz eine »verfassungsmäßige, vorübergehende Diktatur, um Ordnung zu schaffen«, die »mit verfassungsmäßigen Mitteln das Parlament ersetzt, im Gegensatz zur anderen, verfassungswidrigen Diktatur von links und rechts«.

eine Hierarchie zu »beherrschen«⁶⁷: Bei der Katholischen Aktion um die Unterordnung der laikalen Kräfte der deutschen Katholiken unter eine bischöfliche Hierarchie, in der Wahl von Kaas um die Unterordnung des politischen Katholizismus unter eine klerikale Hierarchie. Zugleich zielte die Wahl des Prälaten darauf ab, den autoritären Kurs im Zentrum in der nun folgenden Endphase der Weimarer Republik zu festigen und eine Koalition mit den Weimarer Rechtsparteien herzustellen. Beides, die Wahl von Kaas wie auch die Proklamierung der Katholischen Aktion, bereiteten so die Entpolarisierung des Katholizismus vor⁶⁸.

2.5 Das Ende der Weimarer Republik

Dem im März 1930 erfolgten Bruch der Großen Koalition trauerte das Zentrum nicht nach. Auch Bolz war ein Gegner dieser Koalition⁶⁹. Kurz vor Bildung der Regierung Brüning schrieb er: »Was wird heute Abend sein? Keiner weiß es. Jeder fühlt die Schwäche und Ohnmacht. Ohnmacht unseres ganzen Regierungssystems. Ich bin längst der Meinung, daß das Parlament die schweren innenpolitischen Fragen nicht lösen kann. Wenn ein Diktator für zehn Jahre möglich wäre – ich würde es wünschen«⁷⁰. Mit seinem Wunsch nach autoritärer Führung und Politik stand Bolz im Zentrum nicht allein. Er sprach das aus, was sein »Parteiführer« Kaas im November 1930 andeutete: »Er wisse nicht, wie eine wirklich parlamentarische Regierung ... zustandekommen solle«⁷¹. Den Diktator auf Zeit stellte sich das Zentrum respektive Bolz nicht als einen Mann vor, der jenseits von Gesetz und Moral stand, sondern als einen »autoritär führenden«, »ordnenden« und national eingestellten »christlichen Staatsmann«⁷². Solche Vorstellungen paßten auf den neuen Reichskanzler Heinrich Brüning, der seit seiner Kanzlerschaft ein Präsidialkabinett führte. Brüning regierte ohne parlamentarische Mehrheit, ausschließlich vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragen und dem Notverordnungsrecht nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Das starke Anwachsen der radikalen Parteien (Nationalsozialisten und Kommunisten) bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 bedeutete eine gefährliche Bedrohung der demokratischen Staatsform. In dieser Situation wurde das sogenannte »Zähmungskonzept« geboren⁷³, das darin bestand, die positiven Elemente der NSDAP in das Präsidialsystem zu integrieren und der Partei einige Ministerposten anzubieten, um sie so relativ unschädlich zu machen. Als Brüning am 30. Mai 1932 demissionierte (Reichspräsident Paul von Hindenburg hatte kurz zuvor mit den Stimmen der SPD und des Zentrums die Wiederwahl gewonnen), hatte Kurt von Schleicher hinter seinem Rücken schon ein Kabinett für Hindenburg zusammengestellt: Ohne Mitwirkung der Parteien wurde ein überwiegend aus Adligen zusammengesetztes Präsidialkabinett gebildet. Neuer Reichskanzler wurde der ehemalige Zentrumsabgeordnete Franz von Papen, den die NSDAP zu Toleranz versprach. Sein Ziel war, die dem Reichspräsidenten mit dem Artikel 48 gegebene Macht zur Einführung eines autoritären Herrschaftssystems auch gegen die Weimarer Verfassung einzusetzen. Diesen Verfassungsbruch wollte das Zentrum unter allen Umständen verhindern. Es ging daher in die Opposition und fiel als Stütze des Präsidialsystems aus. Von Papen hob das unter Brüning erlassene Verbot der SA auf und stürzte die Preußische

67 Vgl. KÖHLER, Katholische Aktion und politischer Katholizismus 140–153.

68 Vgl. KÖHLER, Christentum und Politik 7–20.

69 Vgl. BESSON 134ff.: Es überwog ohne Zweifel »das Positive in der Beurteilung des Geschehens«.

70 Zit. nach MILLER 367. – Vgl. DERS. 369.

71 Zit. nach MORSEY, Der Untergang des politischen Katholizismus 16.

72 MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei 292. Dieser Wunsch nach einer autoritären Führung bei Bolz muß in Kontinuität zu seinem Wunsch nach »politischen Führern« in der Krise zu Beginn der Weimarer Republik gesehen werden.

73 Auch Bolz war ein Verfechter dieses Konzepts. Vgl. MILLER 428.

Regierung Otto Braun aus SPD und Zentrum am 20. Juli 1932. Bolz wandte sich mit aller Schärfe gegen die Aufhebung des SA-Verbots: Sie werde die innere Sicherheit und Ordnung schwer gefährden⁷⁴. Diese kompromißlose Haltung wird durch sein »laues« Verhalten beim sogenannten »Preußenschlag« vom 20. Juli überschattet: Er schloß sich als württembergischer Staatspräsident nicht der bayerischen und badischen Klage beim Staatsgerichtshof an, sondern begnügte sich mit einer »Rechtsverwahrung«⁷⁵. Bayern und Baden ging es nicht »um die Machtposition der SPD in Preußen, sie waren vor allem an der Klarstellung interessiert, daß der Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung nicht als Instrument zur Durchsetzung der Reichsreform benutzt werden dürfe«⁷⁶. In dieser Phase seiner Politik schloß sich Bolz nicht dem Versuch an, den Kampf gegen das autoritäre Präsidialsystem Papens auf eine breite Grundlage zu stellen. Seine Politik entsprach aber den vatikanischen Vorstellungen, da Rom gegen die Preußenkoalition war⁷⁷. Papen löste den Reichstag auf. Die Reichstagswahl vom Juli 1932 hatte den radikalen Flügelparteien, NSDAP und KPD erstmals mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen im Reich gebracht. Für Bolz war klar, daß eine parlamentarisch mehrheitsfähige Regierung ohne die NSDAP nicht zustandekommen konnte⁷⁸. Daher begannen am 28. August Zentrum/BVP und NSDAP mit Koalitionsverhandlungen. Auf der Zentrumsseite nahmen Josef Joos, Thomas Esser und Bolz daran teil. Ziel dieser Verhandlungen war, die NSDAP durch Einbeziehung in die Regierungsverantwortung zu »zähmen«. Bolz schrieb am 31. August seiner Frau aus Berlin: »Mein Eindruck über Hitler war ein besserer, als ich vermutete. Seine Äußerungen waren konsequent und klar und seine Auffassungen decken sich im allgemeinen weitgehend mit den unseren«⁷⁹. Auch nach der Wahl des Reichstagspräsidenten, bei der das Zentrum für Hermann Göring stimmte, äußerte er sich zufrieden über die NSDAP: »Der glatte Verlauf war die Folge von Besprechungen mit den Nazis«⁸⁰. Im Verlauf der »Koalitionsverhandlungen« mit der NSDAP erklärte sich Bolz – wie die große Mehrheit des Zentrums – bereit, Hitler als Reichskanzler zu akzeptieren, »wenn er nur das Vertrauen des Reichspräsidenten besäße«⁸¹. Durch die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten gaben Bolz und seine Partei zu erkennen, mit diesen »paktieren«⁸² zu wollen. Bolz besaß nicht den Mut, mit den Sozialdemokraten Verhandlungen zu führen⁸³. Schon 1928 hatte er das Gesetz der parlamentarischen Logik gebrochen, nach dem die stärkste Partei – damals die SPD – mit der Regierungsbildung beauftragt wird.

74 Vgl. G. JASPER, Die gescheiterte Zähmung 91. – MILLER 417. – BESSON 403.

75 BESSON 408. – Vgl. MILLER 420.

76 JASPER 101. – Vgl. Eyck 511.

77 Vgl. MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei 301.

78 Vgl. D. JUNKER, Die deutsche Zentrumspartei nach 1932/33, 94. – Vgl. MILLER 428. – Vgl. Zentrumsprotokoll vom 29. August 1932, Nr. 707, 584: Joos und Bolz fordern hier die »Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierungsverantwortung«. – Vgl. F. HEER, Der Glaube Adolf Hitlers, 243: »Brüning, Kaas u. a. ... sehen die eigentliche Drohung nicht im Nationalismus, sondern im Kommunismus und treten daher lieber für eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung ein.« – Vgl. Germania vom 14. August 1932, Nr. 224: Vor der Unterredung mit Bolz und Joos hatte Papen in der Kabinettsitzung am 10. August erklärt, »er wisse, daß das Zentrum wahrscheinlich bereit sei, mit den Nationalsozialisten eine Koalition einzugehen. Das Zentrum würde sich eventuell auch mit einer Berufung Hitlers zum Reichskanzler abfinden«.

79 Zit. nach MILLER 425.

80 Zit. nach MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei 320, Anm. 30.

81 Kölner Volkszeitung vom 24. September 1932, Nr. 263.

82 W. J. DOETSCH, Württembergs Katholiken unterm Hakenkreuz 1930–1935, 65.

83 Vgl. Kap. 4.3.

Papens Politik stieß beim Zentrum auf erbitterten Widerstand. Seine Präsidialregierung war in ihren Augen ein klarer Verfassungsbruch, gegen den man ankämpfen mußte⁸⁴. Eine Alternative zu Papens Regierung war für Bolz die Reichskanzlerschaft Hitlers. Durch Einbeziehung der NSDAP in die Regierungsverantwortung wollte er sie zur Verantwortung heranziehen, damit die Nationalsozialisten zeigen konnten, »was sie konnten«⁸⁵. Auf diese Weise wollte er Papens Pläne, das Zentrum ganz aus der Regierungsverantwortung zu beseitigen, zerstören. Nachdem die Versuche scheiterten, Hitler in das bestehende System zu integrieren, versuchte Papen der Staatskrise durch einen Verfassungsbruch Herr zu werden, um so Hitlers Machtergreifung notfalls durch Gewalt zu verhindern⁸⁶. Papen löste den Reichstag auf, wagte jedoch nicht den Verfassungsbruch, sondern setzte nach der Reichstagsauflösung Neuwahlen in der verfassungsmäßigen Frist an⁸⁷. Eindeutiger Verlierer der Wahl war die NSDAP, die einen Rückgang ihrer Mandate von 230 auf 196 verbuchen mußte. Großer Gewinner der Wahl war die KPD. Bolz' Konsequenzen aus der Reichstagswahl vom 6. November: »Eine Notgemeinschaft der Parteien«⁸⁸ rechts von der SPD. »Kommt diese nicht zustande, dann ist der Verfassungsbruch und die Diktatur unvermeidbar«⁸⁹. Diesen Verfassungsbruch wollte er unter allen Umständen verhindern: »Was über den verfassungsmäßigen Weg hinausgeht, kann man nur als Revolution bezeichnen. Dieses Unglück zu verhindern, ist eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben«⁹⁰. Bolz hielt auch nach der Novemberwahl am »Zähmungskonzept«, das heißt an der Integration der NSDAP in die Regierungsverantwortung fest. Angesichts der Tatsache, daß Hindenburg Papens Verfassungsbruch ablehnte, blieb diesem nur der Abschied. Sein Nachfolger wurde Schleicher. Dieser glaubte, eine neue Variante des »Zähmungskonzepts« realisieren zu können. Sein Plan war, die NSDAP zu spalten und den linken Flügel der Partei unter Georg Strasser an sein Kabinett zu binden. Nach kurzer Zeit erkannte auch Schleicher, daß ihm als letztes Mittel nur der Verfassungsbruch blieb. Er war bereit, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen verfassungswidrig hinauszuschieben. Kaas dagegen forderte in seinem Neujahrsaufruf von 1933, »Kampf oder Sammlung«, als einzigen Ausweg aus der Situation die »Sammlung von der Führerseite«⁹¹ her: »Wer in Deutschland führt, ist an sich herzlich gleichgültig. Wichtig ist nicht, was er ist, sondern nur, was er kann«⁹². Kaas wollte nicht wieder »zurückfallen in den Parlamentarismus, sondern ... dem Reichspräsidenten einen politischen und moralischen Rückhalt schaffen für eine autoritäre Regierung«⁹³. Inzwischen hatte Papen Hitler in Hindenburgs Augen »kanzlerfähig« gemacht. Sein »Zähmungsplan« war nun, Hitler als Kanzler zu isolieren, indem man ihn durch konservative Minister »einrahmte«. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Dieser schrieb sofort Neuwahlen aus. Das Zentrum, auch Bolz, waren im Wahlkampf darauf bedacht, die Nationalsozialisten zu schonen. Dies entsprach dem Wunsch des Vatikans, »wonach die nationalsozialistische Bewegung als Schutzwall gegen den Kommunismus« sich im Vatikan vieler Sympathien erfreute; der Vatikan wünsche »in keinem Falle« eine polemische

84 Vgl. JUNKER 105 f. – MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei 310.

85 Kölner Volkszeitung vom 15. Februar 1933, Nr. 46. – Vgl. MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei 323, Anm. 44.

86 Er wollte die Neuwahlen über eine in der Verfassung vorgesehene Frist von 60 Tagen hinaus verschieben, weil ein »staatlicher Notstand« vorliege.

87 Vgl. JUNKER 62.

88 Zit. nach MILLER 428.

89 Zit. ebd.

90 Zit nach MILLER 430, 342. – Vgl. Anm. 65.

91 Zit. nach MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei 334.

92 Zit. ebd. – Vgl. HEER 242.

93 H. BUCHHEIM, Warum das Zentrum unterging? 23.

Einstellung des Zentrums gegenüber der Reichsregierung«⁹⁴. In seinem »letzten« Wahlkampf meinte Bolz: »Wir sind nicht dagegen, daß Hitler Reichskanzler geworden ist ... Wir waren aber seit Monaten davon überzeugt, daß die Reichskanzlerschaft Hitlers eine politische Notwendigkeit geworden sei ... Wir wollen, daß er nach einem zehnjährigen Phrasenkampf seinen Leuten und uns zeigt, was er kann«⁹⁵. Auch die Zunahme der Versammlungs-, Rede- und Zeitungsverbote, die Gewalttätigkeiten von SA Leuten bei Zentrumsveranstaltungen, die ersten Entlassungen von Zentrumsbeamten änderten nichts an Bolz' Einstellung. Noch am 2. März, das heißt drei Tage vor der Reichstagswahl und drei Tage nach dem Reichstagsbrand, vertrat er den Standpunkt, »trotz allem ... mit der Hitler-Regierung zusammenzuarbeiten«⁹⁶. Dabei stieß er auf starken Protest bei seinen Zuhörern, was ihn aber nicht störte. Er war davon überzeugt, daß »seine Zeit kommen werde, in der man diese Haltung verstehen werde«⁹⁷. Rückblickend resümierte er daher im März 1933 über seine Politik: »Ich habe in Württemberg den Beweis dafür erbracht, indem ich, sobald es möglich war, mit den Rechten zusammenging, auch zu einer Zeit, wo wir mit Links hätten gehen können«⁹⁸.

Gleichwohl erwies sich Bolz in den Wahlreden zur Reichstagswahl 1933 als einer der Zentrumspolitiker, »der am stärksten mit Hitler abrechnete«⁹⁹. Er bezeichnete den von den Nationalsozialisten entwickelten »sinnlosen Taumel als Rausch, aus dem es bald ein böses Erwachen gibt«¹⁰⁰. Am 15. Februar verweigerte er Hitler in Stuttgart die Benutzung des Schloßplatzes für eine Wahlkundgebung. Ob Bolz von der Sabotage der Rundfunkübertragung aus der Stuttgarter Stadthalle wußte, ist fraglich¹⁰¹. Bolz war zudem ein entschiedener Gegner des Ermächtigungsgesetzes. Die Mehrheit der Fraktion zeigte sich einig, dem Gesetz ohne Einschränkung zuzustimmen¹⁰². Bei der geheim durchgeführten Probeabstimmung stimmten Heinrich Brüning, Josef Wirth, Josef Joos, Eugen Bolz u. a. dagegen. Diese Minderheit versuchte vergeblich, die Mehrheit umzustimmen, als deren Exponent Kaas galt¹⁰³. Die Fraktion beschloß, »der Mehrheit zu folgen und geschlossen für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen«¹⁰⁴. Dazu Bolz an seine Frau am 21. März: »Beruhigend wirkt auf mich die einheitliche Stimmung im Vorstand. Die Gruppe (der Opponenten) wird ja klein sein, aber auserlesen«¹⁰⁵. Man fragt sich natürlich, warum auf Bolz die »einheitliche Stimmung im Vorstand beruhigend wirkte«? Sollte diese nicht eher beunruhigend wirken?

94 Zit. nach MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei 343, Anm. 26. – Vgl. HEER 242: »Der Antibolschewismus ... stellte die breite Brücke her, die zu den führenden Politikern des Zentrums und nach Rom, zu Pacelli, führt.«

95 Kölner Volkszeitung vom 15. Februar 1933, Nr. 46 (Rede auf dem Parteitag des schwäbischen Zentrums in Ulm am 12. Februar 1933). – Vgl. W. HOEGNER, Die verratene Republik 345: »In Württemberg verhöhnte ... Bolz die Programmlosigkeit der Reichsregierung und gab aus seiner eigenen Erfahrung mit den Nationalsozialisten zum besten, daß sie froh seien, wenn man ihnen einige Anregungen zukommen ließe.«

96 Frankfurter Zeitung vom 5. März 1933, Nr. 172.

97 Ebd.

98 Zit. nach MILLER 436.

99 MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei 384. – Vgl. HAGEN 231.

100 MORSEY, Eugen Bolz 98.

101 Vgl. MILLER 335.

102 Vgl. MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei 364.

103 Ebd. 365.

104 Ebd.

105 Ebd. 364, Anm. 64.

3. Folgerungen aus dieser Analyse

Bolz bejahte autoritäre Lösungen bis hin zum Führerprinzip, wie sie 1928 im Zentrum in der Wahl von Kaas zum Parteivorsitzenden sichtbar wurden. Er war ein Verfechter des »Samm lungsgedankens«, was die Öffnung des Zentrums nach rechts, das heißt die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierungsverantwortung bedeutete. Diesem Ziel opferte er alle Bindungen nach links und setzte sich damit eher für eine konservative als eine demokratische Entwicklung der Weimarer Republik ein. Von einer autoritär geführten Demokratie war es nur ein kleiner Schritt hin zu einer Diktatur. Bolz' »publizistische und propagandistische Kultivierung«¹⁰⁶ eines politischen Führerideals (»einen Diktator für zehn Jahre«, wie er ihn forderte) hat mit dazu beigetragen, daß viele Zentrumsleute, das heißt weite Kreise des Katholizismus, Hitler als jenen »gottgesandten Führer« ansahen und ihn als einen für eine gewisse Übergangszeit geeigneten, weil »ordnenden und säubernden« Diktator akzeptierten. Dadurch entstand in der Öffentlichkeit die Meinung »warum Zentrum wählen, wenn es doch später mit den Nationalsozialisten eine Verbindung eingeht? Dann wählen wir gleich Hitler«¹⁰⁷.

Gleichwohl ist Bolz' Politik in der Endphase der Weimarer Republik ambivalent. Er erkannte zwar die nationale und nationalistische Gefahr der Nationalsozialisten¹⁰⁸, aber nicht die ideologische Unterhöhlung der demokratischen Staatsform. Weil Bolz nicht nachhaltig vor der nationalsozialistischen Bewegung warnte (noch im März 1933 dachte er positiv über eine Reichskanzlerschaft Hitlers), wird er »negativ« belastet: Seine Politik verstärkte antidemokratische Tendenzen, baute Hemmschwellen gegenüber den Nationalsozialisten ab und hat so mit zur Zerstörung der Weimarer Republik beigetragen. Um Hitlers Machtergreifung zu verhindern, hätten Bolz und das gesamte Zentrum das Präsidialsystem bis hin zum Verfassungsbruch unterstützen müssen. Eine Tolerierung durch Zentrum und DNVP hätte dazu geführt, sowohl Hindenburgs Angst vor einem Verfassungsbruch zu mindern, als auch die Skrupel der Reichswehr, bei einem möglichen Ausbruch des Bürgerkrieges vom Volk isoliert zu sein, abzubauen¹⁰⁹. Alle noch so berechtigten Feindschaften des Zentrums gegen Papen hätten dem Ziel, Hitler nicht an die Macht kommen zu lassen, untergeordnet werden müssen. Dadurch wäre Papen, »weil er mit seinem ganzen Ehrgeiz an dem Kanzleramt klebte, ein Hindernis im Wege Hitlers gewesen«¹¹⁰. Zudem galt es zu beachten, daß die Wahlniederlage der Nationalsozialisten im November 1932 auf »allgemeine, nicht auf lokale Ursachen«¹¹¹ zurückzuführen war. Bereits damals wurde eine »Abnutzung« der Nationalsozialisten deutlich. Warum das Zentrum aber nicht mit Papen und Schleicher den Verfassungsbruch wagte, sondern eine entgegengesetzte Politik verfolgte und diese geradezu aus ihren eigenen Voraussetzungen heraus verfolgen mußte, wird im folgenden darzustellen sein.

4. Der ideologische Hintergrund und das »Milieu« von Bolz' politischer Praxis

Bolz war bürgerlich in seiner Herkunft. Sein Denken und Handeln waren tief verwurzelt in den Traditionen der katholischen Kirche. Nach der Machtergreifung 1933, bei der er »berufs- und arbeitslos« geworden war, vertiefte er sich im Selbststudium in die Sozialenzykliken der Päpste. Diese Enzykliken nahmen in seinem Leben einen so großen Stellenwert ein, daß er

106 Ebd. 334.

107 DOETSCH 71. – Vgl. HEER 245.

108 Nachlaß Bolz, Rede vom 4. September 1921.

109 Vgl. JUNKER 62–69.

110 EYCK 536. – Vgl. T. ESCHENBURG, *Improvisierte Demokratie* 241.

111 EYCK 533.

sagen konnte: »Die Zusammenstellung der Lehren der katholischen Kirche über den Staat, über die Kultur ... ergibt ein politisches Programm. Katholisches Denken und Fühlen, wie katholische Erziehung, geben dem Katholiken ein Programm mit, dem er sich nicht entziehen kann«¹¹². »Politik«, so Bolz¹¹³, ist nichts anderes »als praktisch angewandte Religion«. Daher empfängt das Zentrum »von Rom ... seine Weltanschauung«¹¹⁴. Auf diesem Hintergrund sollen im folgenden anhand des Begriffs der »Volksgemeinschaft«, Bolz' Vorstellung von einer »autoritären Lösung« und seiner »Rechtspolitik«, seine Affinität zum »katholischen Milieu« deutlich gemacht und die »Grenzen« einer solchen »ideologisierten Politik« aufgezeigt werden.

4.1 Bolz' Modell einer »Volksgemeinschaft«

Bolz' Wunsch nach einer »Volksgemeinschaft« findet man bei ihm meist in Situationen, in denen seine Verdrossenheit am parlamentarischen System besonders ausgeprägt ist. Auf einer Zentrumsveranstaltung in Saulgau 1924 kritisierte er den einseitigen »Weimarer Interessenstaat« und bezeichnete die parlamentarische Regierungsform als etwas »Neues, etwas das sich nicht organisch und langsam entwickelt hat, sondern mit den Revolutionsstürmen über Nacht gekommen ist«¹¹⁵. Daher seien Volk und Parteien »noch nicht reif für die Rechte der Verfassung«¹¹⁶. Als Lösung aus diesem Dilemma schlägt Bolz die Konzeption einer »Volksgemeinschaft« vor: Die gegenwärtigen sozialen Fragen, das wirtschaftliche Elend seien nicht mit »dem Geist des Eigennutz« zu lösen, sondern nur »in einem anderen Geist, dem Geist einer Volksgemeinschaft«, so Bolz 1924 in Biberach¹¹⁷. Er erstrebte eine »Vereinigung aller Parteien«¹¹⁸, um so die liberale Gesellschaft der Weimarer Republik, deren Regierungsform die parlamentarische Demokratie war, durch eine innerlich verbundene Gemeinschaft, eben einer »Volksgemeinschaft«, abzulösen: »Wir haben in unserer Partei Angehörige aller Stände ohne Unterschied ... Wir bilden eine Volksgemeinschaft«¹¹⁹. Bolz' Idee einer »Volksgemeinschaft« steht in enger Beziehung zu den Sozialenzyklen der Päpste des 19./20. Jahrhunderts. Diese, so Bolz¹²⁰, »muten wie Evangelien an«. Nach Papst Leo XIII. (1878–1903) ist der Staat ein natürlicher, auf Harmonie angelegter Organismus, in dem nicht die Interessen der verschiedenen Gruppen dominieren, in dem es aber aufgrund der natürlichen Anlagen und Fähigkeiten Unterschiede gibt¹²¹. Gerade in katholischen Bevölkerungskreisen wurde der Gedanke einer »Volksgemeinschaft« als »ein Modell ganzheitlicher und konfliktfreier Sozialordnung konzipiert«¹²². Die Vision einer »Volksgemeinschaft« findet sich ebenfalls in den nationalistischen Schriften eines Arthur Moeller van den Bruck¹²³ und Oswald Spengler¹²⁴. In

112 Nachlaß Bolz, Rede vom 12. Dezember 1921.

113 Nachlaß Bolz, Rede vom 16. November 1924.

114 Nachlaß Bolz, Rede vom 30. November 1924.

115 Nachlaß Bolz, Rede vom 9. März 1924.

116 Zit. nach MILLER 282 (Rede bei einer Wahlveranstaltung des Zentrums zur Reichspräsidentenwahl 1925).

117 Nachlaß Bolz, Rede vom 9. März 1924.

118 MILLER 282.

119 Nachlaß Bolz, Rede vom 17. Februar 1924.

120 Nachlaß Bolz, Rede vom 21. November 1921.

121 Vgl. *Rerum Novarum* 22, Nr. 14.

122 C. AMERY, *Die Kapitulation* 264.

123 Moeller van den Bruck, Arthur (1876–1925): Polit. Schriftsteller; war in der Weimarer Republik der maßgebende Theoretiker der Jungkonservativen. Eines seiner bekanntesten Bücher hieß: »Das Dritte Reich«; beging 1925 Selbstmord.

124 Spengler, Oswald (1880–1936): Deutscher Kultur- und Geschichtsphilosoph; gilt durch seine antidemokratische Einstellung als Wegbereiter des Nationalismus. Sein Hauptwerk hieß: *Der Untergang des Abendlandes*.

den Jahren vor 1933 wurde diese »Gemeinschaft« zum »politischen Leitbild... das allen Spielarten des Neunationalismus gemeinsam war«. Die Kritik der »Jungkonservativen« richtete sich – wie die der Päpste des 19./20. Jahrhunderts (bis hin zum Zweiten Vatikanischen Konzil) in den Sozialenzykliken – gegen den Liberalismus und den Individualismus der Französischen Revolution. Jedoch gibt es große inhaltliche Unterschiede zu den Päpsten und zu Bolz, vor allem in der Zielsetzung. Aber wie die »Jungkonservativen« versteht auch Bolz die Gesellschaft der Weimarer Republik als einen einseitigen »Interessenstaat«, in dem durch die Parteien »die Interessen der Bauern, des Kapitals und der Arbeit einseitig berücksichtigt werden«¹²⁵. Die »Gemeinschaft« dagegen ist »eine Wirklichkeit, die allem bewußten Leben des Individuums vorausgeht, aus der heraus das Individuum erst zum Menschen wird«¹²⁶. Diese Gemeinschaft ist ständisch organisiert¹²⁷ und gibt dem Individuum ein Gefühl der Solidarität, das Gefühl einer großen Gemeinschaft¹²⁸.

In einer engen »gefühlsbetonten Beziehung«¹²⁹ zur »Volksgemeinschaft« steht das Bild eines zukünftigen Reiches. Beide Bilder weisen auf einen autoritär strukturierten Staats- und Gesellschaftsaufbau hin. In der Vision eines zukünftigen, dritten großdeutschen Reiches konnten sich die verschiedensten rechten Gruppierungen der Weimarer Republik zusammenfinden. Dabei war die katholische Reichsidee nur eine Variante unter vielen, die in den zwanziger und dreißiger Jahren propagiert wurden. Martin Spahn (1875–1945), der ideologische Kopf der Rechtskatholiken, lieferte einen geschlossenen Entwurf des zukünftigen Reiches¹³⁰. Er orientierte sich dabei am Mittelalter, wodurch die Idee ein christliches Gepräge bekam. Durch die Rückkehr zum Christentum, das heißt zum »Imperium Sacrum«, wollten die Rechtskatholiken zu einer neuen Ordnung gelangen. Spahn übernahm dabei das mittelalterliche Prinzip einer Ständegesellschaft, das er »berufsständisch« weiterentwickelte. Diese Vision eines zukünftigen Reiches war, so Sontheimer¹³¹, die »wirksamste Antithese« gegen den modernen, individualistischen und säkularisierten Weimarer Staat, »ein Topos deutschen, antidemokratischen Denkens« und »die Vision einer besseren deutschen Zukunft«.

Man findet in keiner Rede von Bolz eine explizite Reichsideologie, aber sein Modell einer »Volksgemeinschaft« impliziert reichsideologische Tendenzen. Auch er stellt, wie die Rechtskatholiken, den Begriff einer »Volksgemeinschaft« der modernen, aufgeklärten, individualistischen und säkularisierten Weimarer Gesellschaft entgegen. Auch er verlangt einen organischen Aufbau der Gesellschaft, was eine auf Autorität beruhende Ordnung beinhaltet. Zugleich gilt es zu beachten, daß in den Kreisen des politischen Katholizismus die Vision eines neuen, »besseren« Reiches gang und gäbe war. Sein Parteifreund Joos zum Beispiel sprach offen von der Erneuerung des »Deutschen Reiches zur Größe eines dritten Reiches«¹³². Damit wird deutlich, daß selbst einflußreiche Zentrumspolitiker im »ideologischen Strom dieser Jahre« mitschwammen, daß sie zwar »politisch anders handelten, aber nicht zu pointiertem Widerspruch gegenüber den Tendenzen der Reichsideologie fähig waren«¹³³.

125 Nachlaß Bolz, Rede vom 10. Februar 1924.

126 NEUROHR 79.

127 Vgl. Nachlaß Bolz, Rede vom 17. Februar 1924.

128 Vgl. NEUROHR 79.

129 K. P. HOEPKE, Die Deutsche Rechte 72.

130 Vgl. CLEMENS 111 ff.

131 K. SONTHEIMER, Die Idee des Reiches 206.

132 JOOS, Nationale Entwicklung 494.

133 K. BREUNING, Die Vision des Reiches 153.

4.2 Bolz' Wunsch nach einer autoritären Lösung

Der rechte Flügel der Zentrumsparterie, Brüning, Kaas, Bolz und andere forderten in der Krise der Republik eine vom Parlament losgelöste autoritäre Regierung. Bolz' Wunsch nach einer autoritären Lösung gipfelt 1930 in dem Satz: »Ich bin längst der Meinung, daß das Parlament die schweren innenpolitischen Fragen nicht lösen kann. Wenn ein Diktator für zehn Jahre möglich wäre – ich würde es wünschen«¹³⁴. Dieser »Diktator« scheint ihm in der Lage zu sein, Ordnung zu schaffen und die Massen aus dem Chaos zu führen: »Wo ist einer, der (uns) den Weg aus dieser heutigen Notzeit zeigen kann...? Was wir jetzt erleben, ist ein Ringen um das Richtige, bei dem es ohne Versuche und Opfer nicht abgeht«, so Bolz 1930 in Stuttgart¹³⁵. Seinen »Diktator auf Zeit« darf man sich nicht als einen Mann vorstellen, der jenseits von Gesetz und Moral steht, sondern als einen »führenden«, »ordnenden« und »national« eingestellten »christlichen Staatsmann«. Dieser weiß sich an eine »göttliche Ordnung« gebunden und seine Politik ist an moralischen Werten orientiert. Bolz distanziert sich damit von der extremsten Folgerung der katholischen »Rechtsentwicklung«, etwa den politischen Theorien von Carl Schmitt (1888–1985). Dessen »Diktator« war kein christlicher Staatsmann, ihm ging es um den Souverän, um den Herrscher als Volksführer, der über Recht, Gesetz, Moral und Staat verfügt¹³⁶. Aufgrund seiner humanistischen Bildung kannte Bolz den aus der Antike überlieferten »Begriff des Diktators«, der in Notzeiten, das heißt zeitlich begrenzt, eingesetzt werden konnte. Zum andern aber war sein Denken und Handeln stark von der hierarchischen Struktur der katholischen Kirche und ihren Sozialenzykliken aus dem 19./20. Jahrhundert geprägt. Papst Leo XIII. forderte 1881 in seiner Enzyklika »Diuturnum Illud«¹³⁷ eine Gesellschaftsordnung, in der »Einer die Bestrebungen der Glieder ... leitet ... Gott wollte, daß in der bürgerlichen Gesellschaft Herrscher seien, die die Menge zu geleiten haben«. Die ideologische Begründung von Bolz' »kommissarischem Diktator« muß in diesem Kontext gesehen werden. Weiter heißt es in dieser Enzyklika: »Und das ist von großem Gewicht, daß die, die ... das Gemeinwohl verwalten, derart die Bürger zum Gehorsam zu zwingen Befugnis haben müssen, daß für diese der Ungehorsam geradezu Sünde ist.« Papst Leo XIII. vertritt in seiner Staatslehre eine Gesellschaftsordnung mit stark autoritären Zügen, zugleich lehnt er in seiner Enzyklika einen Verfassungsbruch ab¹³⁸. Diese Ideologie war Bolz' politisches Programm, das er in die politische Praxis umzusetzen versuchte¹³⁹.

Möglicherweise muß man Bolz' Affinität zu einer autoritären Politik im Zusammenhang mit der Erfolglosigkeit des Vatikans bei den Reichskonkordatsverhandlungen sehen. Rom war bereit, mit einem »autoritären Staat« das Konkordat zu schließen: »Der »autoritäre Staat« mußte die autoritäre Kirche besser in ihren Postulaten begreifen als andere«, so Kaas¹⁴⁰.

134 Zit. nach MILLER 367f.

135 Nachlaß Bolz, Rede vom 15. November 1930. – Dieser Wunsch nach einem »politischen Führer« muß man in Kontinuität zum 26. August 1921 sehen: Wie nach der Ermordung Erzbergers 1921, so wird auch in der Krise 1930 sein Wunsch nach einer »starken Persönlichkeit« virulent. Vgl. Kap. 2.2.

136 Vgl. C. SCHMITT, Der Gegensatz von Parlamentarismus 257ff. – DERS., Politische Theologie.

137 Enzyklika Diuturnum Illud vom 29. Juni 1881, 210ff. – Vgl. HEER 233ff.

138 Ähnlich auch in seiner Enzyklika Immortale Dei von 1885, 347f. – Vgl. JUNKER 89, 95.

139 Vgl. Nachlaß Bolz, Rede vom 12. Dezember 1921: »Die Zusammenstellung der Lehre der katholischen Kirche über den Staat ... ergibt ein politisches Programm. Katholisches Denken und Fühlen geben dem Katholiken sein Programm mit, dem er sich nicht entziehen kann«.

140 L. KAAS, Der Konkordatstyp 517. – Vgl. K. SCHOLDER, Die Kirchen und das Dritte Reich 185ff. – G. v. ROON, Der katholische Widerstand 117. – HEER 245.

4.3 Bolz' politische Praxis, rechts von der SPD zu regieren

Seit 1923 wurde im Stuttgarter Landtag ohne die SPD regiert; zudem diffamierte man sie als »Sozialisten«¹⁴¹. Nach seiner Wahl zum Württembergischen Staatspräsidenten 1928 regierte Bolz gegen das Gesetz der »parlamentarischen Logik«, das heißt ohne die SPD, die stärkste Partei im Stuttgarter Landtag war¹⁴². Als 1932 in Preußen die »Weimarer Koalition« durch Papen zerschlagen wurde, beteiligte sich Bolz nicht am Protest Bayerns und Badens¹⁴³. Seine Entscheidungen, so Besson¹⁴⁴, waren bestimmt von »Tradition und Weltanschauung«. Über seinen Freund, den Philosophen Ludwig Baur (1871–1943), lernte Bolz die neuscholastische Lehre kennen, jene Lehre, die durch die Enzyklika »Aeterni Patris« (1879) von Leo XIII. stark gefördert wurde. Das Charakteristische der neuscholastischen Lehre ist die Wendung gegen den Liberalismus und Sozialismus. Diese Auffassung findet sich später auch in den Schriften von Baur¹⁴⁵ und in Bolz' Exposé »Katholische Aktion und Politik«¹⁴⁶. Beide fassen die neuscholastische Lehre der Päpste zusammen und bezeichnen den Liberalismus und den Sozialismus als unvereinbar mit der Lehre der katholischen Kirche. Aufgrund ihrer Vergangenheit wurden die Sozialdemokraten als »Sozialisten« diffamiert und waren somit nach Ansicht der Päpste nicht koalitionsfähig.

Bolz' Politik, ohne die Sozialdemokraten zu regieren, war somit »katholische Politik«, das heißt sie war von typisch »römischen Denkstrukturen« geprägt ganz im Sinne der Theorien neuscholastischer Provenienz. Daher war, so Bolz, die anfängliche Kooperation mit den Sozialdemokraten eine »reine Taktik«, ein »Opfer« für das Zentrum¹⁴⁷. Erst auf dieser Folie gewinnt seine Politik Kontur.

5. Folgerungen aus Bolz' »ideologierter« Politik

– Bolz mußte eine neue Ordnung akzeptieren: Dies galt sowohl nach dem 9. November 1918, als die Zusammenarbeit mit der SPD für ihn eine »politische Notwendigkeit« war, wie auch nach dem 5. März 1933, als die Reichskanzlerschaft Hitlers eine »politische Notwendigkeit« war¹⁴⁸.

– Das Zentrum konnte eine gegebene Verfassung nicht durchbrechen. Daher war es Bolz verboten, für den Kampf gegen Hitler zum Verfassungsbruch zu greifen. Stattdessen führte er Koalitionsverhandlungen mit Hitler auf dem Boden der Weimarer Verfassung¹⁴⁹.

– Ziel seiner Politik war eine dauerhafte Ausschaltung der SPD. Sobald sich rechts von der »Weimarer Koalition« eine Alternative bot, versuchte er, diese zu realisieren. Dies galt für seine Politik 1923 und besonders 1928.

141 Vgl. Nachlaß Bolz, Rede auf einer Katholikenversammlung 1924. – Vgl. MILLER 335.

142 Vgl. BESSON 36: Er spricht in diesem Zusammenhang von einer »sozialistenfreien« Landesregierung. – Vgl. Deutsches Volksblatt vom 9. Juni 1928.

143 EYCK 509: »Weite, zum Teil sehr einflußreiche Kreise jubelten bei der Aussicht, die Sozialdemokraten los zu werden und, wenn möglich, auch die Gewerkschaften«. Schloß auch Bolz sich dieser »öffentlichen Meinung« an?

144 BESSON 36. – Vgl. Ebd.: Wegen der »tiefgreifenden sozialen und ideologischen Gegensätze ... (war) wenig Hoffnung auf eine Wendung des Zentrums«.

145 L. BAUR, K. RIEDER, Päpstliche Enzykliken.

146 Vgl. KÖHLER, Christentum und Politik.

147 Vgl. Kap. 2.2.

148 Vgl. E.-W. BÖCKENFÖRDE, Der deutsche Katholizismus 235. (Böckenförde I). – MILLER 419: Dort Bolz: »Was das Zentrum 1918 und 1919 gewesen sei, werde es auch 1932 und 1933 sein: ein Hort der Verfassung, eine Volksgemeinschaft im kleinen«.

149 Vgl. JUNKER 233.

- Die katholische Staatslehre zeigte starke Vorbehalte gegenüber dem Weimarer Parteienstaat, weshalb der klerikal-konservative Flügel¹⁵⁰ in der Krise des Parlamentarismus sich nicht wie der linke demokratische Flügel für eine Reform des Wahlrechts einsetzte, sondern eine Staatsordnung mit stark autoritären Zügen forderte¹⁵¹.
- Seine Konformität mit der vatikanischen Politik führte zu Fehleinschätzungen gegenüber den Nationalsozialisten.

6. Der »rechtsgerichtete« Katholizismus oder der »Rechtskatholizismus« als solcher

Seit 1928 – mit der Wahl von Kaas zum Zentrumsvorsitzenden – bestimmte der Rechtskatholizismus das Klima des deutschen Katholizismus, als dessen führender Kopf Martin Spahn zu bezeichnen ist. Die »rechtsnationalen Katholiken«¹⁵² galten innerhalb des »neuen Nationalismus« als eine eigenständige Richtung und verfolgten eine nationalistisch verengte Reichsidee, waren monarchistisch und gegen eine Verbindung des Zentrums mit den Sozialdemokraten¹⁵³. Sie betrachteten sich als die eigentlichen »Verteidiger christlich-konservativer Grundsätze«¹⁵⁴. Die parlamentarische Demokratie war für sie »von allen Regierungsformen die denkbar schlechteste«¹⁵⁵. Zwischen Zentrum und Rechtskatholizismus gab es Anfang der dreißiger Jahre Affinitäten in den politischen Zielsetzungen. Kaas, Brüning und Bolz, die Vertreter der katholischen Soziallehre, fielen alle von der Zentrums politik der »Weimarer Koalition« ab¹⁵⁶ und schwenkten auf eine streng autoritäre Politik ein, wodurch sie dem Gedankengut des Rechtskatholizismus und der nationalistischen Rechten weit entgegenkamen. Angesichts der sich abzeichnenden Annäherung des rechten Zentrumsflügels an die bürgerlich-konservative Rechte, konnte es nicht ausbleiben, daß auch Katholiken in das geistige und organisatorische Fahrwasser der Nationalsozialisten gerieten¹⁵⁷. Die Gefahr wurde im Zentrum zusätzlich erhöht, indem man einen »kommissarischen Diktator« herbeisehnte und bereit war, Hitler das Reichskanzleramt in einer »braun-schwarzen« Koalitionsregierung zu überlassen¹⁵⁸. Diese Politik fand auch die römische Zustimmung¹⁵⁹.

150 Dazu muß man Bolz zählen.

151 Vgl. H. GREBING, Die Konservativen und Christlichen 488.

152 Vgl. NEUROHR 21.

153 Vgl. G. CLEMENS, Rechtskatholizismus 111 ff.

154 Ebd. 114.

155 Ebd. 118.

156 Man muß im politischen Katholizismus während der Weimarer Republik grob zwei Richtungen unterscheiden: Zum einen die »linke Richtung«, d.h. die Vertreter eines »sozialen Katholizismus«; ihre Vertreter waren Erzberger, Wirt u.a. Diese Richtung setzte sich für eine Koalition mit der SPD ein. Dagegen lehnten die Vertreter der konservativen Richtung, die in der Tradition der katholischen Soziallehre standen und daher autoritär-ständisch gebunden waren, eine Koalition mit der SPD ab. Sie erstrebten eine Einigung mit den Rechtsparteien. Als Exponenten dieser Richtung gelten Brüning, Kaas und Bolz.

157 Ein treffendes Beispiel in diesem Zusammenhang ist der Katholik K. G. Kiesinger. In seinem Buch heißt es: »Das von den Nationalsozialisten verkündete Ziel der Volksgemeinschaft ... machte mir Eindruck ... Ich wollte mich nicht noch einmal eines Verhaltens des tatenlosen Zusehens schuldig machen, dessentwegen ich mich später hätte tadeln müssen«. K. G. KIESINGER, Dunkle und helle Jahre 163 f.

158 Im Sinne Brachers wurde Hitler »durch konservative und reaktionäre Kreise in die Macht geschoben«. Vgl. K. D. BRACHER, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur 77 ff. – 139 ff. – 157 ff.

159 Vgl. MORSEY, Die deutsche Zentrumspar tei 301.

In den Reihen des Zentrums gab es keinen nachhaltigen Protest gegen die Ideen der Rechtskatholiken in der Endphase der Weimarer Republik. An Bolz und andere Zentrumspolitiker ergeht daher der Vorwurf, das Trugbild der nationalen Revolution nicht durchschaut zu haben. Durch die von ihnen mitgetragene Zentrums politik haben sie mit zu einer ideologischen Unterhohlun g der demokratischen Staatsform beigetragen. Zu Recht konstatiert daher Bockenforde¹⁶⁰: »Im Jahre 1933 war in weiten Kreisen des deutschen Katholizismus eine ideologische Befangenheit und Wirklichkeitsferne erreicht, die auch in der NS-Bewegung, nur weil sie sich betont antiliberalistisch und antimarxistisch begriff und sich zahlreicher Vokabeln des »organischen« Denkens bediente, einen willkommenen Bundesgenossen im Kampf gegen den »liberalen Ungeist« und für eine christliche ... Ordnung sehen ließ«. Man identifizierte gleiche Vokabeln aus der nationalsozialistischen Terminologie mit denen der eigenen Sache. Dies dadurch bedingte »Begriffschao s« mußte notwendigerweise zu einer inneren Auflösung der demokratisch-republikanischen Substanz führen. Zwar muß Bolz' Diktator als ein christlicher Staatsmann begriffen werden, der sich an Recht und Verfassung hält. Ganz anders bei den Nationalsozialisten: Hier ist die Verfassung der Wille des Fühlers, und »Recht ist, was dem Volke nützt«. Aber die autoritäre Zentrums politik trug mit dazu bei, die Hemmschwellen gegenüber Hitler bei den Katholiken abzubauen.

7. Eugen Bolz – sein politischer Weg

7.1 Bolz' Politik bis 1933

Bolz orientierte sich in seiner Politik an den Sozialenzykliken der Päpste des 19. und 20. Jahrhunderts. Rom bestimmte seine Haltung gegenüber der SPD, hinsichtlich einer autoritären Regierungsweise und vor allem gegenüber den Nationalsozialisten. Er übernahm die »Geschlossenheit« eines katholischen Denkens, wie es sich in den Kulturkampfzeiten bewährt hatte. Bolz' Denken war also von typisch »römischen« Denkstrukturen geprägt. Seine Politik hatte nichts »Prophetisches«¹⁶¹ an sich. Ein Prophet »ruft dazu auf ... dem Neuen gegenübertreten, weil darin die Zukunft liegt ... Das prophetische Wort ist ... provokativ: Es erregt Ärgernis! ... Das prophetische Wort ruft nach vorne, in die Zukunft, zu neuen Ufern«¹⁶². Man kann derartiges in Bolz' Rede nicht feststellen. Er kritisierte zwar die gesellschaftlichen und politischen Zustände der Weimarer Republik, jedoch mit dem Ziel, hinter die Weimarer Demokratie zurückzukehren: zu einer autoritären Regierungsweise.

7.2 Bolz' politische Einstellung von 1933 bis 1945

Als 52jahriger Zentrums politiker nahm der entmachtete Staatspräsident von Würtemberg 1933 an den letzten Reichstags-sitzungen teil. Er wandte sich gegen das Ermächtigungsgesetz, stimmte aber aus Fraktionsdisziplin dem Gesetz zu. Seine Teilnahme am Parteitag der christlich-sozialen Partei Osterreichs im Sommer 1933 diente der Gestapo als Vorwand, ihn für einige Wochen auf dem Asperg in Haft zu nehmen. Danach zog er sich ins Privatleben zurück. Durch seinen Freund, den Philosophen Ludwig Baur, angeregt, vertiefte er sich in die neuscholastischen Lehren, besonders in die Soziallehre Leos XIII. Vom Winter 1941/42 an hatte Bolz Kontakte zum Widerstandskreis um Carl Goerdeler. Die Ereignisse des 20. Juli 1944 sind bekannt. Bolz' Verhaftung steht in keinem direkten Zusammenhang damit. Am

160 BÖCKENFÖRDE (Hochland 54) 237.

161 Gegen KÖHLER, Eugen Bolz 15.

162 N. GREINACHER, Der Schrei nach Gerechtigkeit 12.

12. August wurde er von der Gestapo verhaftet, am 22. Dezember zum Tode verurteilt und am 23. Januar 1945 in Plötzenensee hingerichtet. Bolz machte nach der Machtergreifung 1933 eine Umkehr durch, sowohl in der Beurteilung der Politik Hitlers, als auch in seiner Beziehung zur katholischen Kirche. In seiner Schrift »Katholische Aktion und Politik« von 1934 stellt er abweichend vom Standpunkt der Bischöfe fest, daß sich die Katholische Aktion nicht aus der Politik heraushalten dürfe, sondern »bei offensichtlichem Mißbrauch der Staatsgewalt ... ein Notwehrrecht des Volkes«¹⁶³ bestehe. Die Bischöfe dagegen betonten das Verbot der Konterrevolution. Auf die politische Situation übertragen bedeutete dies für Bolz: War er noch im März 1933 von der politischen Notwendigkeit der Reichskanzlerschaft Hitlers überzeugt, so besaß er zu Kriegsbeginn eine sehr realistische Sicht der Dinge: »In einem Weltkrieg muß Hitler unterliegen«¹⁶⁴. Angesichts dieser Gewißheit gab es für ihn keine Zweifel mehr, daß es ein sittlich berechtigtes Widerstandsrecht gegen Hitler gibt. Hier begegnet man einem anderen Bolz. Er wußte, daß er sich, was die Einschätzung Hitlers und seiner Bewegung anging, was die Ablehnung des Verfassungsbruchs 1932 anbelangte, auf einem falschen Weg befunden hatte¹⁶⁵. Er wollte zurück auf den richtigen. Dazu mußte das Hitlerregime beseitigt werden. Nur so konnte er sein Gewissen beruhigen. Den einzigen Weg, den es dazu gab, war der aktive Widerstand. Indem Bolz diesen Weg ging, begann er sich gegenüber der »Geschlossenheit« des katholischen Denkens zu emanzipieren. Nun galt für ihn nicht mehr das Verbot der Konterrevolution, sondern das Gebot des Notwehrrechtes gegen Hitler. Sein Tod war die Konsequenz seiner Umkehr. Erst so wurde Bolz zu einem wahrhaft christlichen »Märtyrer«.

Man kann daher konstatieren: Bolz' Weg in den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime, sein »Märtyrertod«, lassen sich nicht in seiner Politik bis 1933 finden. Diese war gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung von Fehleinschätzungen geprägt. Bolz war nicht von Beginn an ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten, was aber nicht heißt, daß er ihr Anhänger war. Damit hat Eugen Bolz, im Sinne von Haffner, mit zu einer inneren Auflösung der demokratisch-republikanischen Substanz beigetragen: »Die Weimarer Republik ist nicht durch Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit zerstört worden ... sondern durch die schon vorher einsetzende Entschlossenheit der Weimarer Rechten, den parlamentarischen Staat zugunsten eines unklar konzipierten autoritären Staates abzuschaffen«¹⁶⁶. Bolz war ein »treuer« Sohn der katholischen Kirche in ihrer Zeit und damit auch Anhänger eines autoritären Regierungs- und Gesellschaftssystems im Rahmen der katholischen Soziallehre. Erst nach 1933 wurde aus dem loyalen, gehorsamen Gefolgsmann – von einigen Ausnahmen abgesehen¹⁶⁷ – ein emanzipierter, »ungehorsamer« Katholik. Er befreite sich von der damaligen – wir müssen heute sagen »vorkonziliaren« – katholischen Lehre und ging seinen eigenen Weg – als »miles christianus« in den Widerstand.

163 KÖHLER, Christentum und Politik 30.

164 Zit. nach MORSEY, Eugen Bolz 100.

165 Bolz rückte jedoch nicht von seiner »Rechtspolitik« ab. Das »Unternehmen 20. Juli« war in seiner Substanz ein »hochkonservatives Unternehmen«. HÄFFNER 59. – Vgl. auch HÄFFNER, Zur Zeitgeschichte 101–105.

166 HÄFFNER 62.

167 Etwa bei der Bischofsernennung 1927.

8. Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Nachlaß Eugen Bolz im Besitz der Familie Dr. M. Rupf-Bolz, Stuttgart

Gedruckte Quellen

- J. JOOS, Nationale Entwicklung und soziale Gemeinschaft. Gedanken und Erwägungen, in: K. A. SCHULTE (Hg.), Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik, Berlin, Leipzig 1929, 485–499.
- L. KAAS, Der Konkordatstyp des faschistischen Italiens, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 1, 1933, 488–522.
- LEO XIII. und PIUS XI., Die Rundschreiben über die Arbeiterfrage und über die gesellschaftliche Ordnung (mit einer Einleitung von O. v. NELL-BREUNING SJ), in: H. J. SCHMITT (Hg.), Bausteine der Gegenwart, Heft 1, Köln 1946.
- LEO XIII., Enzyklika »Diuturnum illud« vom 29. Juni 1881, in: Sämtliche Rundschreiben von Papst Leo XIII., Freiburg i. Br. 1900–1904, 201–233.
- LEO XIII., Enzyklika »Immortale Dei« vom 1. November 1885, in: Sämtliche Rundschreiben von Papst Leo XIII., Freiburg i. Br. 1900–1904, 340–390.
- Päpstliche Sozialenzyklika und ihre Stellung zur Politik, hg. von L. BAUR, K. RIEDER, Freiburg i. Br. 1932. Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearb. von R. MORSEY, Mainz 1969.
- C. SCHMITT, Der Gegensatz von Parlamentarismus und moderner Massendemokratie, in: Hochland 23, 1926/II, 257–270.
- DERS., Politische Theologie, Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Leipzig, München 1922.

Literatur

- W. ALBRECHT, Bolz, Eugen, Politiker, in: W. BENZ, H. GRAML, Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, 33–34.
- C. AMERY, Die Kapitulation oder Der real existierende Katholizismus, München 1988.
- W. BESSON, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–33. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.
- E.-W. BÖCKENFÖRDE, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, in: Hochland 53, 1960/61, 215–239.
- DERS., Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, in: Hochland 54, 1962/63, 217–245.
- K. D. BRACHER, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Beiträge zur neuen Politik und Geschichte, Bern 1964.
- K. BREUNING, Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934), München 1969.
- H. BUCHHEIM, Warum das Zentrum unterging?, in: Hochland 53, 1960/61, 15–27.
- G. CLEMENS, Rechtskatholizismus zwischen den Weltkriegen, in: A. LANGER (Hg.), Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn, München, Wien, Zürich 1985, 111–130.
- G. DENZLER, V. FABRICIUS, Die Kirche im Dritten Reich. Christen und Nazis Hand in Hand? Bd. 1, Frankfurt a. M. 1984.
- W. J. DOETSCH, Württembergs Katholiken unterm Hakenkreuz 1930–1935, Stuttgart 1969.
- K. EPSTEIN, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin, Frankfurt a. M. 1962.
- E. EYCK, Die Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, Zürich, Stuttgart 1956.
- K. D. ERDMANN, Die Weimarer Republik, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 19, Stuttgart 1986.
- Th. ESCHENBURG, Improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1963.

- H. GREBING, Die Konservativen und Christlichen seit 1918, in: Politische Studien 9, 1958, 482–491.
- N. GREINACHER, Der Schrei nach Gerechtigkeit, München 1986.
- S. HAFFNER, Anmerkungen zu Hitler, Frankfurt a.M. 1981.
- DERS., Zur Zeitgeschichte, München 1982.
- A. HAGEN, Eugen Bolz, in: Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus, Bd.3, Stuttgart 1954, 202–243.
- F. HEER, Der Glaube des Adolf Hitlers. Anatomie einer politischen Realität, Frankfurt a.M., Berlin 1985.
- W. HOEGNER, Die verratene Republik. Geschichte der Deutschen Gegenrevolution, München 1958.
- K. HOEPKE, Die Deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.
- G. ISERLOH, K. SCHOLDER, Die Kirchen im 20. Jahrhundert – Vom ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, in: R. KOTTJE, B. MOELLER, Ökumenische Kirchengeschichte, Bd. 3, Neuzeit, Mainz, München 1975, 239–247.
- G. JASPER, Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934, Frankfurt a.M. 1986.
- D. JUNKER, Die Deutsche Zentrumsparterie nach 1932/33. Ein Beitrag zur politischen Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969.
- K. G. KIESINGER, Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958, hg. von R. SCHMOECKEL, Stuttgart 1989.
- K. v. KLEMPERER, Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München, Wien o.J.
- J. KÖHLER, Christentum und Politik. Dokumente des Widerstands. Zum vierzigsten Jahrestag der Hinrichtung des Zentrums politiklers und Staatspräsidenten Eugen Bolz am 23. Januar 1945, Sigmaringen 1985.
- DERS., Eugen Bolz (1881–1945). Politiker aus Leidenschaft. Zum 100. Geburtstag des württembergischen Ministers und Staatspräsidenten, in: RJKG 1, 1982, 21–32.
- DERS., Katholische Aktion und politischer Katholizismus in der Endphase der Weimarer Republik, in: RJKG 2, 1983, 141–153.
- E. KOLB, Die Weimarer Republik, München, Wien 1984.
- H. KRÄMER, Eugen Bolz, Staatspräsident von 1928–1933, in: K. GAYER, H. KRÄMER, G. F. KEMPTER (Hg.), Die Villa Reitzenstein und ihre Herren, Stuttgart 1988, 101–118.
- E. MATTHIAS, R. MORSEY (Hg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.
- M. MILLER, Eugen Bolz, Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951.
- A. MOHLER, Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen. Ein Handbuch, Darmstadt ²1972.
- R. MORSEY, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und »Nationaler Erhebung« 1932/33, Stuttgart, Zürich 1977.
- DERS., Die Deutsche Zentrumsparterie, in: E. MATTHIAS, R. MORSEY (Hg.), s.o., 281–453.
- DERS., Eugen Bolz (1881–1945), in: J. ARETZ, R. MORSEY, A. RAUSCHER (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 5, Mainz 1985, 88–103.
- J. F. NEUROHR, Der Mythos vom Dritten Reich. Zur Geistesgeschichte des Nationalsozialismus, Stuttgart 1957.
- G. v. ROON, Der katholische Widerstand, in: Widerstand und Exil, 1933–1945 (Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 223), Bonn ²1986, 112–126.
- K. SONTHEIMER, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte 5, 1957, 43–62.
- DERS., Die Idee des Reiches im politischen Denken der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 13, 1962, 205–221.
- K. SCHOLDER, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, Berlin 1985.
- DERS., Die Kirchen im 20. Jahrhundert, siehe ISERLOH.

